

Interessenausgleich: Ergebnisse zu vage

Stefan Bannerts Stimmungsbild von Siemens

BAD NEUSTADT (HuHe) In der Auseinandersetzung um den Stellenabbau bei Siemens in Bad Neustadt und zum erzielten Interessenausgleich haben viele Politiker Stellung genommen. Das tut nun auch die Linke. Das Besondere dabei: Ihr Kreisvorsitzender Stefan Bannert ist selbst seit 20 Jahren Mitarbeiter bei Siemens in Bad Neustadt und war in der IG-Metall Vertrauenskörperleitung intensiv am Widerstand gegen die Siemens-Pläne beteiligt.

Seit Anfang letzter Woche ist er nach einiger Zeit der Abwesenheit, unter anderem wegen der Arbeit für seine Partei, wieder im Betrieb und hat sich seither ein Stimmungsbild verschafft.

Er selber, so erklärt er, hätte sich gewünscht, dass der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze weitergegangen wäre. Nach Gesprächen mit Kollegen hat er den Eindruck, dass vielen Siemensianern das Ergebnis des Interessenausgleichs zu wenig ist. Immerhin gehe es ja noch um bis zu 540 Arbeitsplätze, die dauerhaft abgebaut werden sollen. Die Ankündigung, in Windkrafttechnik und Elektromobilität zu investieren, erscheine vielen seiner Kollegen als zu



Stefan Bannert

FOTO: DIE LINKE

vage.

Spannend sei auch die Frage, was passiert, wenn bis September 2012 nicht die gewünschte Anzahl an Stellen durch freiwillige Versetzung, Altersteilzeit und Aufhebungsverträge abgebaut werden könne.

Bannert erinnert daran, dass die Fertigung in den vergangenen zehn Jahren komplett modernisiert und

rationalisiert wurde - mit großer Beteiligung der Belegschaft. Noch vergangene Weihnachten sei Bad Neustadt als Standort mit der höchsten Innovation und Ausführung gelobt worden.

Doch es seien in der Vergangenheit auch Fehler vom Management gemacht worden. Bannert erinnert an die Auslagerung der Graugussfertigung, die dann wieder zurückgeholt wurde, oder an den Verkauf des Strömungsmaschinengeschäfts, das jetzt erfolgreich von Gardner/Denver geführt werde.

Im Fall des Interessenausgleichs hätte sich Bannert gewünscht, dass es vor der Annahme eine Abstimmung aller Beschäftigten gegeben hätte. Egal wie die ausgefallen wäre, hätte das zu einer höheren Akzeptanz geführt, ist sich Bannert sicher.

Das jetzt Erreichte sieht Bannert wie viele andere Politiker nur als Zwischenschritt. Wenn Siemens seine Zusagen nicht einhalten, oder vielleicht sogar noch stärkere Maßnahmen durchführen sollte, stellt er den Interessenausgleich insgesamt in Frage. Dann sei wieder gemeinsam mit der IG-Metall organisierter Widerstand nötig.

Bücher spielend vorgestellt

Autorenlesung mit Sylvia Schopf an der Grundschule Brendllorenzen